

Calmer Tagblatt

Nr. 129.

Amts- und Anzeigblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

96. Jahrgang.

Veröffentlichungsweg: 6 mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Seite 20 Pf. ...

Dienstag, 7. Juni 1921.

Bezugspreis: In der Stadt mit Zusage 12.00 ...

Zur inneren Lage.

Die neue deutsche Reichsregierung, die das Ultimatum der Entente angenommen hat, um vorläufig wenigstens die weitere Besetzung deutschen Gebiets zu verhindern, ist mit einem wirtschaftlichen Programm vor die Parteien getreten, das begrifflicherweise keine große Freude erregt hat, denn die Annahme des Ultimatus erfordert die Aufstellung von Plänen über die Aufbringung der Millionen, die durch die Annahme zugestanden worden waren. Das auf die Aufbringung dieser Milliardensummen eingestellte Finanzprogramm der neuen Regierung sieht begrifflicherweise neben dem Ausbau der indirekten Steuern auch eine weitere Belastung des Verbrauchers vor, soweit es ohne Schädigung des Wirtschaftsprozesses durchgeführt werden kann, wie die Programmrede des Reichszanklers besagt. Dieses Steuerprogramm, das übrigens noch keine festen Formen angenommen hat, hat zu einer Verringerung der Haltung der Parteien gegenüber der Regierung geführt. Während die Regierung vor dem Ultimatum aus Zentrum, Demokratie und Deutscher Volkspartei bestand, ist sie bekanntlich jetzt aus Mitgliedern des Zentrums, der Sozialdemokratie und der Demokratie gebildet worden. Die bürgerlichen Parteien hatten sich bemüht, die deutsche Volkspartei im Interesse einer Stabilisierung der Mehrheitsverhältnisse in die Regierung aufzunehmen, wogegen die Sozialdemokraten jedoch, weil sie in dieser Partei die Vertreterin der Interessen der Schwerindustrie erblickten, und sie als Feindin des republikanischen Staatsystems betrachteten, protestiert haben. Bekanntlich hatten die Sozialdemokraten nach dem Ergebnis der Reichstagswahlen im Juni vorigen Jahres, das eine starke Zunahme der Reichsparteien, gleichzeitig aber auch eine ebenso starke Zunahme der linksradikalen Stimmen zu verzeichnen hatte, keine Lust mehr, um den Preis der Teilnahme an der Regierung die Gefahr der Abwanderung ihrer Wähler ins Lager der Unabhängigen in Kauf zu nehmen, und das umso weniger, als die bisherigen Koalitionsparteien nicht mehr in der Lage waren, eine Mehrheit von sich aus zu bilden, also auf die Unterstützung bzw. „wohlwollende Neutralität“ der Deutschen Volkspartei oder aber der Unabhängigen angewiesen gewesen wären. So trat also die Deutsche Volkspartei in die Brezche, während die Mehrheitssozialisten auf Grund von Zuständnissen in Bezug auf den Verwaltungsapparat der Regierung wenigstens keine Schwierigkeiten bereiteten. Durch den Austritt der Deutschen Volkspartei ist nun also die Regierungs-Koalition der Nationalvereinerklärung wieder gebildet worden, die jedoch nur über 225 (Soz. dem. 112, Zentr. 68, D. d. P. 45) von den 404 Sitzen verfügt, also auf die Volkspartei (62 Sitze) oder auf die Unabhängigen (81 Sitze) angewiesen ist. Da die Sozialisten erklärten, daß sie mit der Volkspartei nicht zusammen arbeiten würden, so wurde diese Partei bei der Regierungsbildung nicht berücksichtigt. Dadurch wurde es der Volkspartei ermöglicht, dem ersten Satz der Vertrauensfundgebung, daß sich der Reichstag damit einverstanden erkläre, wenn die Regierung alles daran setze, um die übernommenen Verpflichtungen gegenüber den Wählern zu erfüllen, nicht beizustimmen, und durch Stimmhaltung gewissermaßen zu erkennen zu geben, daß man für das geplante Finanzprogramm der Regierung die Verantwortung nicht übernehme. Die günstige Lage, in die die Volkspartei durch die ab- ende Haltung der Sozialdemokratie gekommen ist, springt in die Augen, denn so sind nun die Demokraten gezwungen, beim Bürgerturn die Verantwortung für die Beschleunigung zu übernehmen, und bekanntlich ist die Steuerfrage ein politisches Moment allerersten Ordung, auf das der Wähler am stärksten reagiert. Deshalb haben sich die Demokraten auch alle Mühe gegeben, die Volkspartei in die Regierung zu bekommen. In Bezug auf die Ausführungen des Finanzprogramms dürften nun aber die Unabhängigen geneigt sein, die Regierung zu unterstützen, denn für diesen Teil des Vertrauensvotums haben sie gestimmt, während sie den anderen Teil, der die Maßnahmen der Regierung in Oberschlesien betrifft, abgelehnt haben, wahrscheinlich wegen der Organisation des Freiwilligenkorps, den man wohl als „militärische“ Aktion betrachtet. Die Regierung befindet sich also bei der Durchführung ihres Programms nicht gerade in glänzender Position, denn das ihr von links und rechts zugestandene Vertrauen ist nur bedingt, und kann, besonders im Hinblick auf den dauernd zu befürchtenden Druck von außen her oder aber auch aus innerpolitischen Beweggründen von heute auf morgen gekündigt werden.

Die starken parteipolitischen Überlegungen, die auch diesmal wieder bei den Mehrheitssozialisten hinsichtlich der Regierungsbildung maßgebend gewesen sind, sind nicht geeignet, das Ansehen des parlamentarischen Systems zu stärken. Wir müssen beachten, daß wir immer noch unter außerordentlichen Verhältnissen leben, die eine möglichst geschlossene Front nach außen erheischen. Da dürfen die parteipolitischen Gesichtspunkte nicht ausschlaggebend sein, wenn eine Partei zur Mitarbeit in der Regierung gewonnen werden kann. Die heutige Haltung der Entente ist doch nur die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln, und wir sind der Ansicht, daß unter Um-

ständen ein offener Krieg weniger fürchtbar ist als dieses langsame Ersticken des deutschen Volkes, das mit französischem Sabotismus und englischer Heuchelei systematisch durchgeführt wird. Wenn wir verhindern wollen, daß die Schlinge nicht ganz zugezogen wird, dann müssen wir fest zusammenrücken, und den Parteienstandpunkt gegenüber dem nationalen Gedanken überall zurücktreten lassen. O. S.

Zur Lage in Oberschlesien.

Fortdauer der polnischen Gewalttaten.

Königsbrunn, 5. Juni. (Verspätet eingetroffen.) Seit dem Einmarsch der neuen Besatzungstruppen der Insurgenten sind auch einige Straßen der bisher freien Stadtstadt von den Insurgenten besetzt worden. Die Kontrolle und die Durchsuchung bei dem Betreten und Verlassen der Stadt wird jetzt schärfer gehandhabt.

Hindenburg, 5. Juni. (Verspätet eingetroffen.) Am 4. Juni erschienen etwa 200 bewaffnete Aufständische in der Gändler'schen Brauerei, ließen zunächst die Fernsprechanlagen besetzen, durchsuchten dann die ganze Brauerei und die Wirtschafsräume und erklärten, die Bäckerei abfahren lassen zu müssen; sie seien für das polnische rote Kreuz bestimmt. Widerspruch gegen die Gewaltmaßnahme war zwecklos. Es wurden nicht nur die Bierwürste, sondern nahezu alles, was man sonst an Ess-, Trink- und Rauchwaren vorfindet, auf Wagen fortgeführt, soweit die Aufständischen die Waren nicht in ihren Taschen und Rockfäden verpacken konnten. Unter den Aufständischen befanden sich auch polnische Stadtverordnete aus Hindenburg.

Plesch, 5. Juni. (Verspätet eingetroffen.) Die bisherige französische Besatzung der Stadt Plesch ist am 5. d. M. abgerückt. Man befürchtet eine neue Besetzung der Stadt durch die Insurgenten.

Kattowitz, 6. Juni. Heute früh kurz nach 6 Uhr kam von Zbawice ein Zug mit 200 Insurgenten und fuhr direkt in den Bahnhof Kattowitz, den die Insurgenten besetzten. Gleich darauf kam ein weiterer Zug von Bogutschitz mit 100 Insurgenten an, die zur Wache auf dem Bahnhof verteilt wurden. Das Eisenbahndirektionsgebäude ist nicht besetzt. Die Eisenbahndirektion hat sich sofort an die Interalliierte Kommission gewandt. Die Besetzung des Bahnhofs steht im Widerspruch mit den Zusagen von gestern abend und heute nacht. Sowohl der französische Vertreter als der Eisenbahndirektor und der Platzkommandant von Kattowitz, Oberst Rediffen, sind nach gestern abend verständigt worden, daß die Gefahr der Besetzung des Bahnhofs akut geworden sei. Beide Offiziere gaben die bestimmte Zusicherung, daß entsprechende Maßnahmen getroffen worden seien, um dies zu verhindern.

Oppers, 6. Juni. Der heutige Tag brachte neue Angriffsaktionen der Aufständischen. In den nördlichen Kreisen mußten mehrfach polnische Vorkräfte zurückgewiesen werden. Die Dörfer Nendorf und Pruskau, sowie Amalienhof, wurden von polnischer Artillerie stark beschossen. Zahlreiche Häuser wurden durch Volltreffer zerstört. Bei Zembowitz beteiligte sich ein polnischer Panzerzug an den Kampfhandlungen. In den Gebieten bei Randenberg und Stronsau erhielten die Aufständischen Verstärkungen. Starke polnische Angriffe werden aus der Gegend von Krappitz gemeldet. Besonders bildete der Bahnhof von Randzin das Ziel polnischer Vorkräfte, doch blieben Personen- und Güterbahnhöfe in der Hand der deutschen Verteidiger. Angriffsversuche der Insurgenten auf Slawentzitz mißlang. Bei Brawa im Kreise Kosel Feuerzetteligkeit. Die heftigen Angriffe der Aufständischen in der Gegend von Altsfel wurden durch zwei Panzerzüge unterstützt. Die Angriffe mißlang. Im Kreise Ratibor wurde die Oberbrücke bei Lapatisch durch polnische Sprengungen erneut schwer beschädigt. Auf dem Bahnhof Tarnowitz sind ähnlich wie in Kattowitz und Beuthen von den Aufständischen 13 Lokomotiven gestohlen worden. Im Kreise Hindenburg sind, soweit bisher bekannt ist, 23 deutschgebaute Obereschlefer dem polnischen Aufstand zum Opfer gefallen. Nach Nachrichten aus dem Zentralrevier ist die Lage der Industrie trotzlos. Die überfüllten Halden machen eine Förderung größeren Umfangs unmöglich. Wenn auch einzelne Hütten über genügende Kohlenmengen verfügen, so ist doch infolge Rohstoffmangels in den nächsten Tagen die Stilllegung größerer Hüttenwerke zu erwarten.

Berlin, 6. Juni. Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung“ hat der englische General Geminder, der die Führung der englischen Truppenverstärkungen in Oberschlesien übernommen hat, heute mit dem Befehlshaber des deutschen Selbstschutzes, Generalleutnant Höfer, eine Besprechung gehabt über das weitere Verhalten der Selbstschutzorganisationen. Die Blätter berichten Einzelheiten über die Niedermehlung der italienischen Soldaten, die die Besetzung der Dubensko-Grube in Oberschlesien gebildet hatte. Nachdem man ihnen die Waffen abgenommen hatte, mußten sie fortlaufen. Es wurde dann solange auf sie geschossen, bis sie alle zusammenbrachen. Vorher haben sie den polnischen Insurgenten Hände und Füße küßen

müssen. Auch der Kommandant der Italiener, der mit hochgehobenen Händen über den Grubenhof gehen mußte, wurde auf kurze Entfernung erschossen. Wie der „Lokalanzeiger“ meldet, führte die bei Slawentzitz von den Insurgenten gesprengte Brücke über die Klodnitz beim Übergang von deutschem Selbstschutz völlig zusammen. Der Selbstschutz hatte hierdurch 8 Tote und 17 Verwundete. Wie das „Tagblatt“ meldet, wurden der deutsch-nationale Reichstagsabgeordnete Schiele und sein Chauffeur bei einem Automobilunfall in Rathenow schwer verletzt.

Die offensichtliche Begünstigung der Polen durch die Franzosen.

Kattowitz, 5. Juni. (Verspätet eingetroffen.) Bei einem früheren Versuch der Insurgenten, den hiesigen Bahnhof zu besetzen, wandte sich die Eisenbahndirektion an Herrn Choquet, der den Eisenbahnen gegenüber die Erklärung abgab, die Insurgenten dürften den Bahnhof nicht besetzen, solange er in der Diktation stehe. Weiter erklärte er, die deutschen Eisenbahner trügen an der Stilllegung des Eisenbahnverkehrs die Schuld. Sie seien unfähig und nicht willig. Es wurde entgegnet, die Eisenbahner seien von Anfang an bereit gewesen, den Verkehr in dem von den Insurgenten besetzten Gebiet aufzunehmen, sobald die Gewähr für die Sicherheit der Züge, die Beamten und die Reisenden bestehe. Die alliierten Behörden hätten diese Bürgschaft bisher stets abgelehnt und deshalb habe der Verkehr nicht aufgenommen werden können. Am 4. Juni, morgens zwischen 6 und 7 Uhr, fuhr dann ein Zug von Zbawice aus mit etwa 100 unbewaffneten Insurgenten in den Bahnhof ein. Am Vormittag folgten bewaffnete Aufständische und der Bahnhof befindet sich seither in ihrer Hand. Am 4. Juni vormittags begab sich eine Abordnung der deutschen Bürgerwehr zum Kreisinspektor Major Salleron und zum Stadtkommandanten Oberst Rediffen, die den Lehrsatz daran erinnerte, daß er wiederholt versichert habe, die Insurgenten dürften die Stadt oder Teile der Stadt nicht besetzen. Der Kreisinspektor und der Stadtkommandant erwiderten, daß der Bahnhof nicht von Aufständischen besetzt werden sei, sondern daß es sich um arbeitswillige polnische Eisenbahner handele, die den Bahnhof besetzt hätten, weil die deutschen Eisenbahner unfähig und unwillig seien, den Verkehr aufzunehmen. Die deutschen Herren betonten, daß der Bahnhof ein Teil der Stadt Kattowitz sei und daß die Besetzung entgegen der französischen Ansicht durch die polnischen Aufständischen vollzogen worden sei.

Am Nachmittag erklärte Oberst Rediffen, daß er bereit sei, den Bahnhof zurückzuerobern, aber die Stadt müsse sich damit abfinden, kein Licht und kein Wasser zu erhalten. Die deutsche Abordnung lehnte es ab, auf diese Auskunft eine Antwort zu geben und verwies den Stadtkommandanten darauf, daß es seine Pflicht und die der interalliierten Behörden sei, die Stadt zu schützen und dafür zu sorgen, daß sie von Insurgenten frei bleibe und daß ihr die Lebensmöglichkeit nicht abgeschnitten werde.

Englische Klagen über das Verhalten d. Franzosen.

London, 6. Juni. Die „Times“ melden aus Beuthen, die Franzosen müßten ihre Taktik wohlwollender Duldung gegenüber den Polen ändern, bevor es möglich sei, die Deutschen wirksam zu kontrollieren. — Dem gleichen Blatt zufolge ist in London ein Telegramm von gut unterrichteter Seite aus Oberschlesien eingetroffen, in dem es heißt, daß die polnischen Insurgenten ihre Angriffe fortsetzen. — Der diplomatische Mitarbeiter des „Observer“ erklärt, alle in London eingetroffenen Berichte lauteten darauf, in daß die französischen Offiziere in Oberschlesien sich ganz offen auf die Seite der Polen stellten. Es scheint, daß Lloyd George für den Augenblick alle Hoffnung aufgegeben habe, eine Zusammenkunft des Obersten Rates zustandzubringen. Die englische Regierung sei augenblicklich der Ansicht, daß es unmöglich sei, den französischen Vorschlag über die Entsendung einer neuen Kommission von Diplomaten, Ingenieuren und Wirtschaftlern nach Oberschlesien zuzustimmen. — In London eingetroffenen Berichten zufolge scheinen inzwischen die polnischen Insurgenten gut im Sattel zu sitzen. Sie kontrollieren die Lebensmittelversorgung und die Franzosen schreiten dabei nicht ein.

Der Zweck der englischen Truppenverstärkungen.

Berlin, 7. Juni. Blättermeldungen zufolge erklärte der Kommandant der englischen Verstärkungstruppen in Oberschlesien dem Führer des deutschen Selbstschutzes, General Höfer, daß er nur ausführendes Organ der Interalliierten Kommission sei und er und seine Truppen keine eigene Vollmacht hätten. Er sei verpflichtet, dem deutschen Selbstschutz vorläufig jedes weitere Vorgehen zu unterjagen. Ein Gleiches werde aber auch von den Insurgenten verlangt. Falls letztere diesem Befehl nicht nachkommen würden, würden überall dort, wo sie angriffen, englische Truppen eingesetzt werden. Also in erster Linie sollen die Engländer verhindern, daß die Deutschen sich selbst helfen.

... Feiern ... Calw ... Stoffe ... Schürzen ... Korsetts ... Calw ... decken ... Muster ...

Wie die Blätter aus Oppeln melden, dauert der englische Truppentransport nach Oberschlesien weiter an. Es treffen jetzt besonders Tanks, schwere Geschütze und Flugzeuge ein. Die Engländer ziehen im Kreise Groß-Strehlitz im Raume von Groß-Strehlitz bis Studendorf immer mehr Truppenmassen zusammen.

Erfolge des deutschen Selbstschutzes.

Breslau, 6. Juni. Aus Breslau wird gemeldet: In Verfolg der Abwehr der polnischen Angriffe, die es zum Ziel hatten, den in dem Vorfeld von Groß-Strehlitz aufmarschierenden Engländern in die rechte Flanke zu kommen, ließ der deutsche Selbstschutz von Rosel und Leschnitz am Samstag vor. Es gelang ihm, unter schweren Kämpfen und Verlusten, den wichtigsten Bahnknotenpunkt Oberschlesiens, Kanderzin, in Besitz zu bekommen. Infolgedessen mußten die Polen auch West räumen, das von Abteilungen der Einwohnerwehren durch starke Patrouillen besetzt wurde.

Dauernde Behinderung der Tätigkeit des deutschen Selbstschutzes durch die Entente-Kommission.

Breslau, 6. Juni. Aus Breslau wird berichtet: Die Interalliierte Kommission hat dem General Höfer eine Note überreicht, in der ihm befohlen wird, den Selbstschutz auf die Eisenbahn Station Wschyn-Dola zurückzuziehen. Letztere Orte bleiben zur Verfügung des Generals Höfer. Falls die ersten Bewegungen zur Ausführung dieser Bestimmung nicht innerhalb 12 Stunden nach Ueberreichung dieser Note begonnen haben, wird die Kommission die Zurückziehung der alliierten Truppen aus den Städten des Industriegebietes anordnen. Andererseits teilt die Kommission mit, daß sie den polnischen Inzurgenten unterlagere werde, die Städte wieder zu besetzen, die sie am 3. Juni abends geräumt haben.

In der Antwort des Generals Höfer auf diese Note heißt es u. a.: Ich habe nicht die Macht und vermag es auch nicht im Hinblick auf die deutschgestimmte Bevölkerung, die Selbstschutzverbände aus dem Industriegebiet, deren Schutz sie übernehmen, zurückzuziehen, zumal nach den bisherigen Erfahrungen ich nicht Gewähr dafür bieten kann, daß in den genannten Gebieten deutsches Leben und Eigentum geschützt bleibt. Die Zurückziehung des Selbstschutzes aus den von ihnen befreiten Gebieten ist unausführbar. Die Drohung mit der Zurückziehung der französischen Truppen aus den Städten des Industriegebietes bindet mich vollends die Hände. Ihre Durchführung würde die Preisgabe auch dieser besonders wichtigen Teile von Oberschlesien an die Inzurgenten und damit eine direkte Förderung des polnischen Aufstandes bedeuten. Die Verwirklichung dieser gegen Recht und Vertrag verstoßenden Drohung würde eine ungeheure Empörung in allen deutschgestimmten Teilen der Bevölkerung, insbesondere auch in den Reihen des Selbstschutzes auslösen und vor aller Welt die völlige Schamlosigkeit unserer Vandalen dazustellen, mich aber würde sie außer Stand setzen, dann noch auf den Selbstschutz einen Einfluß für Selbstbehauptung und Ordnung auszuüben, dem ich bisher Geltung verschafft habe.

Zur auswärtigen Lage.

Abgebliebene englische Einwände gegen das Bündnis mit Frankreich.

Manchester, 7. Juni. Der Londoner Berichterstatter des „Manchester Guardian“ schreibt: Ähnliche britische Kreise sehen den Augenblick nicht als zeitgemäß an, um die Frage eines Bündnisses zwischen Frankreich und England aufzunehmen. Es bestehen zu viele unerledigte Fragen, die gelöst werden müssen. Es seien grundlegende Fragen, die das Gesamtbild der französisch-englischen Beziehungen betreffen. Es würde z. B. unmöglich sein, ein Bündnis auf der Grundlage einer französischen Politik, die auf Eroberung Deutschlands gerichtet ist, zu schließen. Die französische Regierung habe, was von den amtlichen britischen Kreisen außerordentlich bedauert werde, sich bisher geweigert, diese Frage in einer Konferenz zu erörtern. — Das bisherige Verhalten Englands läßt nicht darauf schließen, daß es für eine Eroberung Deutschlands nicht zu haben ist.

Eine englische Stimme zur russischen Randstaatenfrage.

London, 6. Juni. Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Herald“ schreibt zum Abschluß der Brüsseler Verhandlungen über Litauen, die russische Regierung werde nicht gestatten, daß Litauen in polnische Abhängigkeit gerate. Sie halte die Aufrechterhaltung der vollen Unabhängigkeit Litauens für wesentlich. Wenn die französischen Räte fortbauerten und weitere Versuche gemacht würden, die litauische Republik unter polnische Kontrolle zu bringen, dann werde Rußland nicht uninteressiert bleiben.

Das englische Geschäft mit Rußland.

London, 7. Juni. Im Unterhaus wurde mitgeteilt, daß Krassin aus Rußland nach London zurückgekehrt sei und daß seit dem Abschluß des Handelsabkommens mit Rußland in Großbritannien beträchtliche Anläufe getätigt worden seien.

Unterstützung der russischen Gegenrevolutionäre durch Japan.

London, 7. Juni. Den Wählern zufolge hat bei der Einnahme von Mladjowski General Semenov beträchtliche Unterstützung von Seiten japanischer Streitkräfte erhalten. Es sind Vorbereitungen auf breiter Grundlage für weitere Operationen in Sibirien geplant.

Italienische Nationalisierungspolitik in Süditalien.

Trieste, 7. Juni. Die Blätter veröffentlichen eine amtliche Mitteilung des Generalkommissariats von Trient an die Bozener Blätter, wonach mehrere deutsche Eisenbahnangestellte in Süditalien ihres Dienstes enthoben und als Ausländer ausgewiesen worden sind. Den Ausgewiesenen wird feindliche Haltung gegenüber dem italienischen Staat vorgeworfen.

Ämliche Bekanntmachungen.

Belämpfung der Mollusken.
In letzter Zeit tritt die Mollusken sehr stark an den Apfelbäumen auf. Die Obstbaumbesitzer werden darauf aufmerksam gemacht und aufgefordert, Maßnahmen zu ihrer Belämpfung zu ergreifen. Zur Belämpfung der Mollusken ist die „Hohenheimer Weibe“ zu empfehlen. Diese ist durch die Samenhandlung Pfister in Stuttgart oder in kleineren Mengen durch den Oberamtsbaumwart zu beziehen.
Calw, den 3. Juni 1921. Oberamt: G 53.

Vermischtes.

Lloyd George erkrankt?

London, 6. Juni. Lloyd George leidet an Fieberfrost. Der Arzt hat ihm einige Tage Ruhe verordnet.

Landesverrat eines polnischen Offiziers.

Paris, 6. Juni. Nach einer Warschauer Meldung der „Chicago Tribune“ ist der polnische Fliegerleutnant Zwannin vom Kriegsgericht zum Tode verurteilt und erschossen worden. Die Anklage behauptet, er habe Mobilisierungspläne der polnischen Armee an englische (?) Nachrichtenoffiziere verkauft.

Ein Massenmord in Rußland?

London, 6. Juni. Laut „Daily Telegraph“ meldet die bolschewistische Presse von einem Massenmord in einem großen Dorf im Gouvernement Tambow. Mehr als 300 Männer, Frauen und Kinder versammelten sich im Badehaus, das zugemauert wurde. Hierauf steckten sie das Haus in Brand und tamen in den Flammen um. — Man wird die Nachricht des englischen Lagenblattes mit Vorsicht aufnehmen müssen.

Vor den Verhandlungen gegen Holz.

Berlin, 7. Juni. Der Termin der Verhandlung gegen Holz vor dem Berliner Sondergericht ist laut „Achtuhr-Abendblatt“ auf Montag, den 13. Juni, festgesetzt worden. Holz wird sich wegen 50 einzelner Straftaten, die er zur Zeit des Aufstehes in Mitteldeutschland begangen hat, zu verantworten haben. Für die Verhandlung, zu der 72 Zeugen und 4 Sachverständige geladen sind, sind acht Tage in Aussicht genommen.

Schweres Unwetter.

Aalen, 6. Juni. Ein verheerendes Unwetter ist hier am Sonntag nachmittag niedergegangen. Durch Wolkenbruch und Hagelsturm wurde auf den Feldern und in den Gärten großer Schaden angerichtet. Mit dem Wetter war heftiger Sturm verbunden, der Bäume entwurzelte und brach.

Beim Baden ertrunken.

Berlin, 6. Juni. In den Seen rings um Berlin sind gestern beim Baden 12 Personen ertrunken. Der Verkehr in den Freibädern war außerordentlich stark.

Deutschland.

Eine Entente-Note zur Dieselmotorenfrage.

Berlin, 6. Juni. Zur Dieselmotorenfrage hat die Vorkonferenz vom 4. Juni der deutschen Vorkonferenz in Paris vom Ministerpräsidenten Briand gezeichnetes Schreiben vom 1. Juni übersandt, in dem es u. a. heißt: Die Konferenz gewährt eine Verlängerung der deutschen Regierung für den zu industriellen Zwecken erforderlichen Umbau der noch nicht umgebauten U-Boots-Dieselmotoren bis zum 30. September 1921. Jederfall ist dem Vorhaben der interalliierten Marineüberwachungskommission über den Stand des Fortschritts der Arbeiten bis zum 30. September 1921 zu berichten. Die umgebauten Maschinen sind unter den von der interalliierten Marineüberwachungskommission als befriedigend erachteten Bedingungen einzubauen. Alle die Teile der Maschinen, die zu befechtigen sind, um den Umbau zu ermöglichen, sind als Kriegsmaterial anzusehen. Als solches müssen sie unter der Kontrolle der interalliierten Kommission zerlegt werden. Die Konferenz hat andererseits festgestellt, daß 14 Maschinen im Widerspruch mit den Bedingungen des Vertrags exportiert worden sind. Sie behält sich vor die deutsche Delegation eine weitere Mitteilung zugehen zu lassen.

Die Entwaffnung der bayerischen Einwohnerwehr.

München, 6. Juni. Der Landestammführer für Entwaffnung der Zivilbevölkerung erläßt eine Bekanntmachung betr. die Waffenabgabe der Einwohnerwehr. Darnach muß bis zum 10. Juni auf Grund des Ultimatus der Entente die Ablieferung der Geschütze und Maschinengewehre der Selbstschutzorganisationen, bis zum 30. Juni ferner die Ablieferung sämtlicher übrigen Waffen, die unter das Entwaffnungsgesetz fallen, sowie der zugehörigen Munition der interalliierten Kontrollkommission in Berlin amtlich angezeigt sein. — Die bayerische Einwohnerwehr beschloß, die Entwaffnung freiwillig durchzuführen und die Ablieferung an die Reichstreuhandgesellschaft so rechtzeitig erfolgen zu lassen, daß die von der interalliierten Militärkontrollkommission vorgeschriebenen Fristen gewahrt werden. An die Mitglieder der bayerischen Einwohnerwehr ergoht die Aufforderung, die in ihrer Hand befindlichen auf Grund des Entwaffnungsgesetzes abzulegenden Militärwaffen nebst Munition nach Maßgabe der von der Leitung der Einwohnerwehr bereits bekanntgegebenen näheren Weisungen an ihre Organisation unverzüglich einzuliefern. Nichtbefolgung der Anordnung wird gemäß Paragraph 13 des Entwaffnungsgesetzes bestraft.

Der Gesetzentwurf über die Regelung der Arbeitszeit.

Berlin, 7. Juni. Wie das Blatt „Der Deutsche“ von unterrichteter Seite erfährt, wird der Gesetzentwurf über die Regelung der Arbeitszeit für gewerbliche Arbeiter noch in diesem Monat der Beschlußfassung des Reichskabinetts unterliegen. Der Entwurf bedeutet die Erfüllung des sogenannten Washingtoner Übereinkommens. Er stellt grundsätzlich den Achtstundentag vor, unterscheidet aber bei der Bemessung der Arbeitszeit dauernde Schwerarbeit von bloßer Arbeitsbereitschaft. Nichtbefolgung der Anordnung wird wahrscheinlich erst in einigen Monaten dem Kabinett unterbreitet werden.

Die durchschnittlichen Kosten der Lebenshaltung für das Reich im Mai.

Berlin, 6. Juni. Die Reichs-Indizes für die Lebenshaltungskosten hat sich nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts im Monat Mai auf 880 gegen 894 im Vormonat ermäßigt. Preisrückgänge für Fett, Hülsenfrüchte, Rindfleisch, Heringe und einige Gemüsesorten trugen hauptsächlich wieder zu der Abschwächung der Indizes bei. Andererseits zogen die Preise für Schweinefleisch, Speck, Eier, die bewirtschaftete Milch, Kohlen und die von der Kohlenpreiserhöhung beeinflussten Leuchtstoffe etwas an.

Zur Frage der Neuregelung der Brotverforgung.

Berlin, 6. Juni. Im Reichstagsauschuss für Volkswirtschaft wurde der Gesetzentwurf über die Neuregelung der Brotverforgung weiterberaten. Reichsernährungsminister Hermes versicherte, daß aus den vorliegenden und den zu erwartenden Vorklären eine gezielte Referenz für die Einführung des Anlagensystems zustande kommen werde, daß diese aber nicht für den Übergang zur freien Wirtschaft ausreichte. Das Abfederungsjahr sei von den Kommunalverbänden festgelegt worden. Auf Grund dieser Feststellungen und anderer Ermittlungen habe man dem Standpunkt der Landwirtschaft Rechnung getragen. Ein Vertreter der bayerischen Regierung betonte die sofortige Uebertragung zur freien Wirtschaft, die später noch schwieriger auszuführen sein würde. Weiterberatung morgen.

Amerikanische Sprüche.

Berlin, 7. Juni. Der politische Berater Wilson, Oberst House, der einige Tage in Berlin weilte, erklärte im Verlauf einer Unterredung mit dem Vertreter des Philadelphier Blattes „Public Ledger“ u. a., die Tatsache, daß Walter Rathenau bereit gewesen sei, den Posten des deutschen Wehrbeauftragten anzunehmen, beweise, daß diese Regierung die Absicht habe, zu zahlen, sofern es nur irgend möglich sei.

Berlin, 6. Juni. Laut „B. Z. am Mittag“ ist Oberst House, der frühere Berater Wilsons, vergangenen Samstag von Paris zu kurzen Besuch in Berlin eingetroffen und als Gast des amerikanischen Geschäftsträgers in dessen Haus abgestiegen. Er hat keinerlei amtliche Mission, sondern unternehme seine gegenwärtige Europareise im Auftrage der Philadelphier Zeitung „Public Ledger“. Zu dem ihm zu Ehren am Samstag veranstalteten Gesemahl waren auch hervorragende deutsche Wirtschaftsführer zugezogen. — Ob die sich um dem Dankes nochmals über Ohr haufen lassen wollen.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 7. Juni 1921.

Milchhäblanlagen.

Nachdem seinerzeit das Projekt der Landesmilchzentrale in Bismarckfeld gescheitert ist, wurden aus Mitteln der Landesverforgungsstelle 12 Milchstellen im Mittelpunk von Erzeugerorten, meist in Bahnhofsstationen gelegen, unter erheblichem Kostenaufwand eingerichtet. Dort wird die Milch, ehe sie zum Versand kommt, mit Eis vorgekühlt. Unter Mitwirkung der Landesverforgungsstelle hat jedoch die Eisenbahn-Generaldirektion für die größeren Strecken weitere Milchstellen in Eisenbahnhöfen eingerichtet. Die warmen Tage müssen zeigen, ob die geschaffenen Einrichtungen sich behähren. Die Mittel der Landesverforgungsstelle, die sie ursprünglich für die Landesmilchzentrale anlegen wollte, werden so nutzbringender verwendet.

Preisüberwachung.

auf den Obst- und Gemüsemärkten.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Das Ernährungsministerium hat den Oberämtern und Gemeindebehörden ein Rundschreiben des Reichswirtschaftsministers betr. die Preisüberwachung zugehen lassen und die Anweisung gegeben, die in diesem Rundschreiben enthaltenen Anregungen zu verwenden. Zur Überwachung der Preise bei den vornehmlich in Betracht kommenden Lebensmitteln wie Obst, Gemüse, Kartoffeln usw. sind örtliche Ausschüsse zu bilden, die auch beraten sein sollen, mit Erzeugern und Händlern über die Preisfestsetzungen zu verhandeln. Viele Beunruhigung der Verbraucher hat ihrer Ursprung in der Preisbildung auf den einzelnen Wochenmärkten. Vertikale Maßnahmen, die einen den Erzeugern, Händlern, wie Verbrauchern angemessenen Preis zu bestimmen können, erscheinen deshalb im Interesse einer ruhigen Entwicklung sehr erwünschenswert und die Desinfektion, insbesondere das laufende Publikum, sollte derartige Maßnahmen mit allen Mitteln unterstützen. Bei dieser Gelegenheit seien auch die Verbraucher davor gewarnt, vorzeitig ihren Bedarf in einzelnen Lebensmitteln zu decken und dadurch den hohen Preisen, die beim ersten Erscheinen von Früchten, Gemüse usw. auf dem Markt mit Naturnotwendigkeit sich einstellen, zur Dauer zu verfallen.

Oberschlesier-Hilfswerk.

Von zuständiger Seite erhalten wir folgende Mitteilung: Für das Rettungswerk für Oberschlesien, welches das deutsche Rote Kreuz übernommen hat und dem jede Zerstückelung verhängnisvoll sein müßte, bedarf es großer Mittel und Materialien. Deshalb haben sich die für das Hilfswerk berufenen Organisationen, das deutsche Rote Kreuz, die Vereinigten Verbände heimatlreuer Oberschlesier und der Bund der deutschen Grenzlandverbände, zu der Zweckvereinbarung „Oberschlesier-Hilfswerk“ zusammengeschlossen. Diese Zweckvereinbarung hat vom Kommissar für Wohlfahrtspflege die allseitige Erlaubnis zu Sammlungen für Oberschlesien erhalten. Andere öffentliche Sammlungen hierfür sind nicht gestattet und verstoßen gegen die gesetzlichen Bestimmungen. Um die Mittelbeschaffung für die Unterstützung der gesamten Grenzlandvertriebenen nicht zu beeinträchtigen, haben die Verbände im Einvernehmen mit den maßgebenden Stellen beschloßen, den vierten Teil des Reinertrags der Sammlungen der Flüchtlingfürsorge zuzuschlagen. Die Geschäftsstelle des Oberschlesier-Hilfswerks befindet sich in Berlin NW, Unter den Linden 10, Gartenhaus. — Die Not in Oberschlesien ist grenzenlos. Große Hilfe ist notwendig und alle deutschen Frauen und Männer, sowie alle größeren Organisationen werden dringend gebeten, schleunigst Spenden einzuzahlen auf das Konto „Oberschlesier-Hilfswerk“ bei der Deutschen Reichsbank in Berlin, Jägerstraße.

Freigabe

Durch eine Verfü...
Bericht mit Brembo...
bestimmte Bestimmu...
brennstoffe wird o...
schäfte übernimmt da...

Recherhan

Der Finanzauschuss...
Wahltrag Strödel zu...
demokratischen Partei u...
Kantags angenommen...
Landwirtschaft im Ver...
Berleitung gewählter...
geschäftsverband wähl...
Verpflichtung der...
mit der wirtschaftlichen...
damit, daß der Vereitel...
auf dieses gemischt-wirt...
berufliche und sozialpo...
sachmännlichen männlich...
tante. Die Angestellte...
lung des Reichsprojektes...

Kriegsbeschä

(S. 1) Nach den...
Bestimmungen zum P...
bahnen werden deut...
oder dauernde Schäd...
in die amtliche Krie...
in der 2. und 3. Kl...
fen, die sie insolge ih...
weise werden von d...
Krieg die Begleiter v...
günstigungen. Die...
nehmer werden gebü...
Militärritt

Militärritt

Die Firma Dain...
Grund einer in Au...
stellung die Lieferun...
dem Kriege zu fest...
im Februar 1919 Li...
halte, hat sie schließl...
im Hinblick auf ihre...
der Arbeitslöhne u...
lehnt. Das Reichsg...
Automobile gegen d...
jeht zu deren Gunste...
den Rechtsgrundfaj...
Fabrikanten wegen g...
lichen Verhältnisse e...

Der Finanz

(S. 1) Einigart...
heute nach Ausfüge...
ersten Nachtrag zum...
nahme der Kassen de...
schaften. Ebenso wu...
gam die Beratung de...
der Deutsch demokrati...
über die Wohnungsfra...
Wohnungsbaus geäu...
Graf, eine ausführlich...
Tätigkeit der württem...
Wohnungsfrage. Er fi...
schlicht einer tabularen...

Der Wald und di

Von Forst...

Das Bestehen der...
schlossene reine, d. h. a...
schaffen und diese un...
schlagen zu nützen. U...
und doch für unsere W...
Erfahrung gemacht, daß...
Dauer zu erhalten und...
neuen jungen Wald, der...
hat die Stammurzelab...
Schädel bildet, vom...
dieser einen solchen W...
mehr, wenn nicht andre...
Körbe aber, die dem W...
Kraut auf den Boden...
Häbe und Weeren, auf...
helt. In beiden Fällen...
mal bei Reichschlägen...
höchst. Der obere...
sch unter dem Einfluß...
der „Reifens“ gebildet...
erhalten, auch da, wo...
In naturgemäß bebaut...
Holzarten gemischt sch...

M

M...

Lebenshaltung
für die Lebenshaltung
des Statistischen
Büros im Vormonat
früher, Rindfleisch
hauptsächlich wieder
Andererseits zogen
die bewirtschafteten
Erzeigerhöhung beein

Erzeigerhöhung
für die Lebenshaltung
des Statistischen
Büros im Vormonat
früher, Rindfleisch
hauptsächlich wieder
Andererseits zogen
die bewirtschafteten
Erzeigerhöhung beein

Erzeigerhöhung
für die Lebenshaltung
des Statistischen
Büros im Vormonat
früher, Rindfleisch
hauptsächlich wieder
Andererseits zogen
die bewirtschafteten
Erzeigerhöhung beein

Erzeigerhöhung
für die Lebenshaltung
des Statistischen
Büros im Vormonat
früher, Rindfleisch
hauptsächlich wieder
Andererseits zogen
die bewirtschafteten
Erzeigerhöhung beein

Erzeigerhöhung
für die Lebenshaltung
des Statistischen
Büros im Vormonat
früher, Rindfleisch
hauptsächlich wieder
Andererseits zogen
die bewirtschafteten
Erzeigerhöhung beein

Erzeigerhöhung
für die Lebenshaltung
des Statistischen
Büros im Vormonat
früher, Rindfleisch
hauptsächlich wieder
Andererseits zogen
die bewirtschafteten
Erzeigerhöhung beein

Erzeigerhöhung
für die Lebenshaltung
des Statistischen
Büros im Vormonat
früher, Rindfleisch
hauptsächlich wieder
Andererseits zogen
die bewirtschafteten
Erzeigerhöhung beein

Freigabe des Brennholzverkehrs.

Durch eine Verfügung des Arbeitsministeriums wird der Verkehr mit Brennholz mit sofortiger Wirkung freigegeben. Die bisherigen Bestimmungen wurden aufgehoben. Die Landesbrennholzstelle wird am 30. Juni aufgelöst. Die restlichen Geschäfte übernimmt das Landesbrennstoffamt.

Redaktion und Angestelltenchaft.

Der Finanzausschuss des Landtags hat am 30. Mai einen Ewigen Antrag Strodel zu Ziffer 2 des vom Zentrum, der Deutschen demokratischen Partei und der Sozialdemokratischen Partei gestellten Antrags angenommen, wonach der Industrie, dem Gewerbe und der Landwirtschaft im Aufsichtsrat der Redaktion A. G. eine gebührende Vertretung gewährt werden soll. Der Deutsche Handels- und Gewerbeverband wandte sich an die Parteien und legte ihnen die Berücksichtigung der Angestelltenchaft nahe. Begründet wurde dies mit der wirtschaftlichen Bedeutung des Handlungsgehilfenstandes und damit, daß der Vertretung des gesamten Volksinteresses im Aufsichtsrat dieses gemischt-wirtschaftlichen Unternehmens die kaufmännische, berufliche und sozialpolitische Erfahrung der bei ihm organisierten kaufmännischen männlichen Angestelltenchaft wohl zu statten kommen konnte. Die Angestelltenchaft habe an der Schaffung und Entwicklung des Redaktionsprojektes das größte Interesse.

Kriegsbeschädigte bei Eisenbahnfahrten.

(S. 1.) Nach dem seit 1. Mai 1921 gültigen Ausführungsbeschlüssen zum Personen- und Gepäcktarif deutscher Eisenbahnen werden deutsche Kriegsteilnehmer, die eine Verletzung oder dauernde Schädigung der Gesundheit erlitten haben und in die amtliche Kriegsbeschädigtenliste aufgenommen sind, in der 2. und 3. Klasse zum halben Preis befördert bei Reisen, die sie infolge ihres Leidens zu machen veranlaßt sind. Ausweise werden von den amtlichen Fürsorgestellen ausgestellt. Auch die Begleiter von Schwerebeschädigten genießen Vergünstigungen. Die Führerhande der erkrankten Kriegsteilnehmer werden gebührenfrei befördert.

Nachtritt von Lieferungsverträgen.

Die Firma Daimler-Motoren-Gesellschaft A. G. hatte auf Grund einer im August-September 1918 angenommenen Bestellung die Lieferung zweier Automobile baldmöglichst nach dem Krieg zu festem Preis übernommen. Obwohl sie noch im Februar 1919 Lieferung im Herbst 1919 in Aussicht gestellt hatte, hat sie schließlich die Lieferung zu dem abgemachten Preis im Hinblick auf ihre durch die Erhöhung der Materialpreise, der Arbeitslöhne u. a. enorm gesteigerten Selbstkosten abgelehnt. Das Reichsgericht hat den vom Verkäufer der beiden Automobile gegen die Firma Daimler angestrengten Prozeß jetzt zu deren Gunsten entschieden, indem es als maßgebend den Rechtsgrundsatz aufstellte, daß bei Lieferungsverträgen den Fabrikanten wegen grundlegender Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse ein Rücktrittsrecht zuzubilligen sei.

Der Finanzausschuss zur Wohnungsnot.

(S. 1.) Stuttgart, 4. Juni. Der Finanzausschuss genehmigte heute nach Ausführungen des Justizministers Holz zunächst den Antrag zum Staatshaushaltspostplan 1920/21 betreffend Uebernahme der Kosten der Strafgesetzbücherei auf die Staatsanwaltschaften. Ebenso wurden einige Eingaben erledigt. Dann begann die Beratung der Wohnungsfrage. Nachdem je ein Redner der Deutschen demokratischen und der Sozialdemokratischen Partei sich über die Wohnungsfrage und die Notwendigkeit des sofortigen Wohnungsbaues geäußert hatten, gab der Minister des Innern, Graf, eine ausführliche Darstellung über den Standpunkt und die Tätigkeit der württembergischen Regierung auf dem Gebiete der Wohnungsfrage. Er führte aus, daß der Wille der Regierung hinsichtlich einer rascheren Lösung der Baufrage durch das Verhalten

Das Gewitter.

Hänschen ist allein zu Haus,
Droben auf dem Berge,
Steht von dem Gebirgsstagschmaus
Noch die halbe Torte.

Zwar die Mutter hat gesagt:
„Hans, sei stets bescheiden!
Denn es mag der liebe Gott
Keinen Rächer leiden.“

„Er weiß alles, was Du tu n,
Sieht das Unrecht immer.“
Hänschen blüht sehr umher,
Dunkler wird's im Zimmer.

„In der Ecke sicher nicht
Mich sein Bild erreicht.“
Kroch in dem Gebirgsstags
Nach der Torte schleicht.

„Nein, hier kann er mich nicht sehen.“
Denkt er voll Vergnügen.
Soll sich einen Stuhl herbei,
Ist hinauf gestiegen.

Schon streckt er sein Hänschen aus,
Ein Stück zu erlangen, — — —
Da — ein Witz, ein Donnerstags!
Hans, von Schreck befangen,

Fällt vom Stuhle fast hinaus,
Findet endlich Worte:
„Dieser Gott, so ein Rabau
Um das bischen Torte!“

(Nachdruck verboten.)

H. Bille.

der Reichsregierung und des Reichstags gestiftet worden sei. Letzterer hätte wohl die Verpflichtung zur Aufwendung der Mittel ausgesprochen, nicht aber die Frage der Ausbringung und auch nicht die Deckungsfrage gelöst. Die württ. Regierung siehe auf dem Standpunkt der Erhebung der Baukostenzuschüsse durch einen Zuschlag auf das Gebäudelastfaller. Nach den württ. Schätzungen würde ungefähr 1 Proz. Zuschlag ausreichen, um rund 40 Millionen aufzubringen. Der Reichsvorschlag, der eine Abgabe nach den Mieten vorsehe, würde allein einen Verwaltungsaufwand von 200 Millionen bedingen. Wären Reich und Reichstag hier dem Vorschlag Württembergs beigetreten, dann wären wir weiter. Es sei zu erwarten, daß mit dem Termin des 1. Juli für die Länder eine größere Bewegungsfreiheit eintritt. Württemberg habe zunächst seinen Anspruch auf den Anteil der Baukostenzuschüsse des Reiches angemeldet. Im Etatsjahr 1920/21 gingen 6500 Gesuche um Baukostenzuschüsse ein, mit einem Gesamtbedarf von 100 Millionen Mark. Die Hälfte wurde mit einem Gesamtaufwand von 27 Millionen bis jetzt unterzucht. Wichtig ist die Frage einer gleichmäßigen Beschäftigung des Baugewerbes für die nächsten Jahre. Darum erscheint es nicht ratsam jetzt alle Mittel auszuwerfen. Bei der Finanzlage von Reich und Land kann über die zukünftigen Aufwendungen noch nichts gesagt werden. Für unmöglich hält der Minister, daß der Wohnungsnot allein durch öffentliche Mittel abzuhelfen sei. Die Mithilfe der privaten Initiative sei notwendig. Hier ermahne es angebracht, daß Privatbauern, die auf eigenes Risiko ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel ausgeführt werden, von der Zwangsverwaltung befreit werden. Der Minister äußerte sich noch über die Frage der Hypothekendeckung für die Wiederaufbauung, der er ablehnend gegenübersteht, und die Baukostenzuschüsse. Ein Redner des Zentrums verbeistete sich ebenfalls in längeren Ausführungen über den Wohnungsbedarf im Lande, über die Notwendigkeit eines beschleunigten Bauens, die Verbilligung

der Baumaterialien, über die Vereinfachung des Bauens durch die Ueberlassung von Bauplatz zu einem billigen Zinsfuß. Ferner erörterte er die Mietpreise in den alten und neuen Wohnungen und die Instandsetzung der alten Gebäude. Er hielt die Aufwendung größerer Mittel, als vorgesehen, für notwendig. Sie seien größer als das, was sich aus einer 1 Proz. Steigerung der Gebäudelastfaller ergeben würde. Der Finanzminister trat nach der allgemeinen Seite hin den Ausführungen des Ministers des Innern bei und betonte, daß auch in der Frage der Baukostenzuschüsse keine Ausgabe ohne Deduktion möglich sei. Nach einer Geschäftsordnungsdebatte wurde beschlossen, die Beratung der Wohnungsfrage in Verabredung mit früher zurückgestellten Anträgen vorzunehmen. Nächste Sitzung Dienstag nachmittags 4 Uhr.

(S. 1.) Pöbenzell, 6. Juni. Der Stuttgarter Ortsbauern-Verband hat das Gut Burgalbe bei Unterleinghardt um 600 000 Mark erworben, um es als Erholungsheim für Krankenkassenmitglieder (Männer) zu benutzen. Das Anwesen war bisher von der Versicherungsanstalt Württemberg gemietet und zu Kurzweiden benützt worden.

(S. 1.) Stuttgart, 6. Juni. Nach den Mitteilungen der Zentralvermittlungsstelle des Württ. Obstbauvereins E. B. war der Obstgroßmarkt die ganze vergangene Woche, besonders aber heute stark mit Kirschen und Gartenerdbeeren besetzt. Die Abnahme ging trotz der großen Zufuhr flott; die Preise gehen langsam zurück. Der Kleinhandel folgt nur zögernd. Uebermäßige Aufschläge sind bei Obst und Gemüse verschiedentlich von der Kontrolle beanstandet worden. Die ersten Waldbereiten wurden zu 6 M. das Pfund im Großhandel abgegeben. — Auf dem Gemüsemarkt hält die starke Zufuhr an. Salat war auch heute wieder schwer unterzubringen. Zwiebeln blieben nach wie vor gesucht; mit den Frühlingsschnecken ist bald Schluss. Wie bei Obst ist auch hier ein fleißiger Preisrückgang festzustellen. Der Umsatz ist recht bedeutend. Die ersten gelben Treibbohnen wurden zu 8 M. Erbsen zu 3 M., frische italienische Kartoffeln zu 2,50 M. für das Pfund im Kleinen verkauft. — Folgende Preise wurden festgesetzt: Gartenerdbeeren das Pfund im Großhandel 3—4 M., im Kleinhandel 3,50—4,50 M., Kirschen 2—2,50 M. und 2,40—3 M., 1 Zentner Kartoffel kostete im Großhandel 50—55 M., im Kleinhandel 55—60 M., italienische neue 200 M. und 250 M., Kopfsalat 1 Kopf 30—50, und 50—60 M., Wirsing 60—100 M. und 70 M. bis 1,20 M., Gurken 1 Stück 2—3 M. und 2,40—3,50 M., Rettich 20—50 M. und 30—60 M., Spargeln 1 Pfd. 3,20—4 M. und 3,80—4,50 M., Rhabarber 1 Bund 30—40 M. und 40—50 M., Kopfschtrabi 30—50 M. und 40—60 M.

(S. 1.) Göppingen, 6. Juni. Der Gemeinderat beschloß, zur Befriedigung der Wohnungsnot ein Haus mit drei 4-Zimmerwohnungen um 236 000 M. erstellen zu lassen, ferner genehmigte er das Projekt der Firma Karl Kähler, die 42 Wohnungen zum Preise von zusammen 2,3 Millionen Mark für die Stadtgemeinde auszuführen will und außerdem die Erstellung von 5 Doppelwohnhäusern durch die Siedlungsgesellschaft. Der Stadtgemeinde erwachsen dadurch Kosten im Betrage von rund 3 Millionen Mark. Die Zuschüsse von Reich und Stadt sind mit 650 000 Mark, der Beitrag des Industrieverbandes mit 400 000 Mark in Rechnung gestellt.

Wetter für Mittwoch und Donnerstag.

Die Störungen in Südwestdeutschland halten an, aber ein neuer Hochdruck ist in Sicht. Am Mittwoch und Donnerstag ist vielfach bedecktes, zeitweilig regnerisches, dann aufheitendes Wetter zu erwarten.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seltmann, Calw. Druck und Verlag der A. Döschlagerschen Buchdruckerei, Calw.

Der Wald und die Forstwirtschaft im Bezirk Calw.

Von Forstmeister Otto Feuchtl, Teinach.

(Fortsetzung.)

Das Bestreben der Forstwirtschaft ging dahin, möglichst dicht geschlossene reine, d. h. aus nur einer Holzart bestehende Bestände zu schaffen und diese nach genauem Plan in festbegrenzten Jahresschlägen zu nutzen. Das war gegen früher ein großer Fortschritt und doch für unsern Wald kein reiner Segen. Wir haben selbsterfahren, daß solche reinen Bestände viel schwerer auf die Dauer zu erhalten und viel schwerer wieder zu verjüngen, d. h. in neuen jungen Wald überzuführen sind als gemischte. Dazu kommt, daß die Nachwuchszeitliche Fichte, die auf den Kalkböden im Gäu große Bestände bildet, vom Sturm ganz besonders bedroht wird. Wenn dieser einen solchen Wald einmal angepackt hat, gibt's kein Halten mehr, wenn nicht andere windfeste Holzarten dazwischen stehen. Die Fichte aber, die dem Wind eher standhält, läßt so viel Sonne und Regen auf den Boden, daß dieser sich auf der Sonnenseite dicht mit Heide und Beeren, auf der Windseite aber mit sauren Moosen bedeckt. In beiden Fällen entsteht für den Wald schwerer Schaden, zumal bei Reibschlägen, wo der Boden Jahre lang fast ungeschützt liegt. Der ohnehin arme Sandboden verhärtet und verschlechtert sich unter dem Einfluß dieser Zustände sehr rasch und auf weiten Strecken zwischen Eng und Ragold, besonders wo auf der Höhe sich der „Reibwald“ gebildet hat, will heute kein junger Wald mehr recht gedeihen, auch da, wo vorher wertvolle alte Forsten gestanden sind. In naturgemäß bestellten Waldungen, in denen heute noch die Holzarten gemischt stehen, wo die Bestände vorherreicht oder gar

Eiche und Buche durch ihren Laubfall den Boden bereichern, sind die Verhältnisse viel günstiger. Denn wenn dauernd vom Boden nur geräumt wird, ohne daß er bearbeitet und gedüngt wird, so muß er im Ertrag nachlassen. Das gilt für den Wald so gut wie für den Acker, wenn er auch nicht soviel Nährstoffe verbraucht wie dieser. Früher ist ein großer Teil des Holzes im Walde verwest, hat den Boden dadurch in Stand gehalten, heute wird alles Reifig genutzt und sogar das Stochholz geholt, so daß nur an entlegenen, schwer zugänglichen Orten noch etwas liegen bleibt. Das beste Mittel, dem Boden aufzuhelfen ist es aber, die Holzarten zu mischen, vor allem den wertvolleren Nadelbäumen wieder hoherwertiges Laubbholz beizumengen. Die Buche besonders schafft durch ihre Laubdecke den nötigen Schutz für den Boden, der jährliche Laubfall füllt ihm die Nährstoffe zu, die er braucht und macht ihn locker und mild. Aber natürlich muß diese Laubdecke dem Boden auch tatsächlich zugute kommen und darf ihm nicht etwa als Streu für die Landwirtschaft entzogen werden, sonst ist der Zweck verfehlt. Wenn unser Sandboden aber schon gar zu sehr verarmt und verfestigt ist, muß man noch einen Schritt weiter gehen und ihm unmittelbar Kalk zuführen, d. h. den Nährstoff, der ihm am meisten fehlt und der am meisten zur Auflockerung und Krümelbildung beiträgt. Mit Hilfe einer Kalkabgabe vermögen besonders die Buchen die ersten schweren Jahre leichter zu überstehen, bis sie stark genug sind, ihrerseits die Bodenbesserung zu übernehmen. Es erscheint gar nicht ausgeschlossen, daß solch künstliche Düngung in irgend einer Form auch in größerem Umfang einmal noch angewendet werden muß, um die großen Werte, die der Waldboden für uns bildet, zu erhalten und zu steigern. Denn eine Durchlüftung mit dem Pflug und Unterbringung von Dünger wie auf dem

Acker ist in unsern Waldungen nicht durchführbar. Solche künstlichen Eingriffe sind aber teuer, und es ist deshalb von größter Bedeutung, den Wald so zu behandeln, daß sie gar nicht notwendig werden.

Wenn ein Waldbestand künstlich gepflegt werden soll, so nimmt der Waldbesitzer dazu Pflanzen, die er in eigener Saatküste aus selbstgeerntetem oder gekauftem Samen erzogen oder die er von einem Händler gekauft hat. Aber erst durch Schaden hat man erlernt, daß es durchaus nicht gleichgültig ist, woher der Samen stammt. Das vergangene Jahrhundert hat uns unübersehbaren Schaden gebracht dadurch, daß bei der künstlichen Anzucht der Forche Sorten dieses Bauens verwendet wurden, die für unsern Wald nicht passen und niemals den schlanken, kräftigen Nachwuchs bilden können, wie unsere heimische Schwarzwaldförche. Wo die letztere mit gleichartigen sogenannten „Gäuförchen“ zusammensteht, springt der Unterschied jedem in die Augen. Aber viele Hunderte von Hektaren tragen heute Forstentlangenhölzer von zweifelhafter Abstammung, die fast wertloses Holz liefern und deren Umwandlung in ertragsreichen Wald eine dringende, aber nicht leichte Aufgabe für viele Waldbesitzer bildet. Viel leichter als die Förche ist die Weißtanne zu bewirtschaften, die besonders in den Winterlagen unseres Bezirkes herrscht und vielfach ganz prächtige Bestände zeigt, deren Verjüngung auf natürlichem Wege durch Selbstbesamung bei sachgemäßer Behandlung ohne Schwierigkeit gelingt. Ihr ist vielfach die Fichte beigeigelt, aber reine Fichtenwaldungen waren in unserem Bezirk ursprünglich so wenig zu Hause wie reine Forstentlangenhölzer, sie sind gleich diesen künstlichen Ursprungs.

(Schluß folgt.)

Nicht nur Ihre alte Kundschaft veranlassen Sie durch **neue Kunden!**
Reklame Ihr Geschäft aufzusuchen, nein, die
Anzeige in der Tageszeitung bringt Ihnen sicher

Stadtgemeinde Calw.
Am Mittwoch, den 8. Juni ds. Js., findet wieder
**Pferde- Vieh-
und Schweinemarkt** statt.
Auf die in der Bekanntmachung vom 2. Mai ds. Js.
(Calwer Tagblatt vom 4. Mai 1921) aufgeführten be-
sonderen Vorschriften wird hingewiesen.
Calw, den 6. Juni 1921.
Stadtschultheißenamt: Göhner.

Stadtgemeinde Calw.
Bekanntmachung.
Es wird hiermit auf die oberamtliche Bekanntmachung
vom 1. ds. Mts. (Calwer Tagblatt Nr. 126) betreffend
**Änderung d. Gebäudebrandversicherungs-
gesetzes u. Neuansmeldungen zum Abschluß
von Feuerungsversicherungen**
hingewiesen.
Calw, den 4. Juni 1921.
Stadtschultheißenamt: Göhner.

Oberkollbach, den 7. Juni 1921.
Todes-Anzeige.

Freunden und Bekannten die Schmerz-
Nachricht, daß uns unser lieber treuer Sohn
und Bruder
Michael Koller
unerwartet rasch im Alter von 22 Jahren
durch einen Unglücksfall entzissen wurde.
Die trauernden Hinterbliebenen:
**Familie Koller,
Familie Stoll**
die Braut **Christine Stoll.**
Beerdigung Mittwoch, 8. Juni, nachmittags
3 Uhr.

Paul Räuchle :: Calw
Große Auswahl
in
**Kleiderzeugen
Schurzzeugen
Bettzeugen**
Schöne neue Muster :: Billige Preise.

Soeben eingetroffen!
Ein Posten
Damen- u. Kinderstrümpfe
braun, schwarz und weiß sehr billig abzugeben, soweit
Vorrat (nur in hiesiger Verkaufsstelle).
Spar- und Konsumverein.
Markenbeutel in Beträgen zu 100 Mark sind
bis 30. Juni abzuliefern.

Möbelwerksteigerung.
Aus dem Nachlaß der verstorb. Frau Luise Schwenker,
verkaufe ich am Donnerstag, den 9. Juni nachmittags
2 Uhr, in deren Behausung Bischoffstraße 464 gegen Bar-
zahlung:
2 polierte Bettladen mit Rösse und
Reil, 1 polierte Kommode, 1 Vertiko,
1 hartholzener Umschlag- und 3 kleine
Tische, 1 Plüschsofa, 1 pol. Wasch- u.
1 Nachttischle, 1 zweitür. lackierter
Kleiderkasten, 1 Nähmaschine (System
Singer) 4 hartholz. Stühle, 1 Sekretär,
1 elektr. Juchlampe, Spiegel, Bilder,
Regulateur, Küchengerät, 1 Offiziers-
sattel mit Lederzeug, 1 Zuber, 1 Papier-
korb, 1 Mozart-Büste, Damenjackets,
sowie allgemeinen Hausrat.
Viebhaber sind eingeladen.
Stadtinspektor Kolb.

Hirsau.
Donnerstag, den 9. Juni 1921, abends
7/8—10 Uhr bei günstiger Witterung
Eröffnungs-Konzert
in den Kuranlagen
ausgeführt von der vollständigen
**Feuerwehr-Kapelle
Dill-Weissenstein.**
Eintritt für Erwachsene 2 M. inkl. Steuer.
Kinder unter 14 Jahren 1 M. „ „

Paul Räuchle, Calw
Calwer Wolldecken
melierte Bettdecken
Jaquarddecken
Kamelhaardecken
Bügeldecken
Viehdecken
große Auswahl, schöne Muster
und neueste Preise.

Arbeitsvergebung.
Zur Villa des Herrn Emil Becker (früher Spröcher'sche
Villa) neben dem Rathaus Monopol beim Bahnhof in
Bad-Liebenzell sind die
Zimmerarbeiten
zur Erneuerung von ca 225 qd. Mtr. Naturholz-Einfriedigung
zu vergeben. Zur Aufnahmefertigung ist Unterzeichneter am
Donnerstag, den 9. Juni vorm. von 7 bis 12 Uhr, an
Ort und Stelle zu sprechen, und erbitte Offerten bis Samstag
den 11. Juni.

Geschäfts-Empfehlung.
Als langjährige, besteingeführte Firma biete ich an:
Elektro-Motoren
jeden Systems und jeder Größe,
Deutsche Fabrikate.
Installation für Licht- u. Kraftanlagen
sowie landwirtschaftlichen Anlagen
Pumpenanlagen
Gas- und Wasserleitungen sowie
heiztechnische Anlagen
Transmissionen — s/ Treibriemen
Mühlen-Einrichtungen
Brennerei-Einrichtungen
Bauschlosserei u. Arbeiten jed. Art.
Meine mechanische Werkstätte für sämtliche ein-
schlägige Arbeiten eingerichtet, möchte ich besonders in
empfehlende Erinnerung bringen. Ingenieur-Besuche
sowie technische Beratungen u. Kostenvoranschläge ohne
Anrechnung und unverbindlich.

U. Joos,
Schlosserei und Installation
für elektrische Anlagen
Höfingen-Leonberg
Telefon Nr. 4.
Konzessionierte Firma des Gemeindevorstands
Elektrizitätswerk Leonberg
der Neckar- und Enggauwerke
Eßlingen-Bisingen.
Vertretungen der Maschinenfabrik Eßlingen
der Firma C. Reins & Co.
Kolladenfabrik, Stuttgart.

Schluss der Anzeigen-Annahme 8 Uhr.

Bad Liebenzell.
Bin unter
**Aufnummer
23**
an das
Fernsprechnetz
angeschlossen
KourabLebzelter
Schlossermeister,
Bauschlosserei
Herde und Defen.

F. K.
Donnerstag, den 9. Juni,
Nachm. 2 1/2 Uhr
im Dekanatshaus.
Cornedbeef
frisch eingetroffen
Fr. Lamparter.

Im Weißnähen
aller Art
empfiehlt sich.
Näheres
Meggergasse 331.

Genfhaat
empfiehlt
Otto Jung.

Vertreter
für Verkauf von
**Elektromotoren
u. Lichtanlagen**
an u. d. Angebote unt.
S. F. 120 an die Inva-
lidendank-Kom. Eyped.
Stuttgart.

**3-400 Liter guten
Most**
hat zu verkaufen
Wer, sagt die Geschäfts-
stelle dieses Blattes.

Elektromotore
Kupfer in allen Größen
liefert billig.
Elekt. Geschäft
Stuttgart, Alexanderstr. 28.
Einen größeren guten
Ruhwagen

(Leiterwagen) hat Umstände
halber sofort billig zu ver-
kaufen.
Zu erfragen bei der Ge-
schäftsstelle dieses Blattes.
Verkaufe 2,11 schöne
Landenten
20 er Brut.
J. Clement
Klein-Wildbad.

Sehe eine jährige
Ziege
hornlos, mit schönem
Ziegenlamm
dem Verkauf aus
J. Holz, Javelstein.

Weißerstadt.
Zwei sehr schöne erstmalig
trächtige
Mutter-schweine

(Blauschäden), sowie ein
**Mutter-
schaf**
mit Jungem
steht dem Verkauf aus.
Josef Rau.

Am Samstag, 11. Juni, abends 7 1/2 Uhr, findet im
Saale der Brauerei Dreß in Calw ein
Lichtbilder-Vortrag
des Ausland-Deutschen H. Stockinger
über
seine Erinnerungen
aus 3jähr. Gefangenschaft in Australien,
und Reisen unter südlicher Tropensonne,
durch Südamerika, China, Japan,
Indien, Ceylon und Samoa statt.
Karten-Vorverkauf: in der Buchhandlung Kirchherr.
Preise der Plätze: 1. Platz Mk. 3.30, 2. Platz Mk. 2.20

Stadtkirche Calw
Sonntag, den 12. Juni, 1/2 6 Uhr
Einmaliges
Kirchen-Konzert
der
Stuttgarter Madrigalvereinigung
Die Konzertsängerinnen:
Alix Keller, Berta Mayer, Anne Gmelin
(Sopran), Margarete Rücklos, Erna Hollen-
berg, Leonie Bücheler (Alt);
die Konzertsänger:
Meinrad Streissle, Chr. Breitling (Tenor),
Herm. Conzelmann, Fritz Haas (Bass);
Leitung und Orgel: Hermann Keller.
Mitwirkung: Ein Orchester Calwer Musik-
freunde (Leitung F. Aichele).
Programm: Bach, Motette: „Jesus meine
Freude“, Händel: Orgel-
konzert (b-dur), Mozart: Sanctus (8stimmig) u. a.
Karten zu 5.60 (Altar), 3.30 (Empore), 2.50 (Schiff)
sind in der Buchhandlung Kirchherr und am
Eingang zu haben.

Paul Räuchle :: Calw
Sommerjoppen
für Herren und Knaben
Blaue Joppen für Burtschen
" **Hosen** und Herren
" **Anzüge**
Zwirn-Arbeitsjoppen
für Herren und Knaben
Hosenträger :: Socken.

**Sendet deutsche Zeitungen
ins Ausland.**

Eugen Wackenhuth, Calw
Kupferschmiede- und Apparate-Bau
empfiehlt sich zur Ausführung von
**Koch-Apparaten und Geräten für alle
Zwecke in Kupfer und Eisen verzinkt,
Transport. Herdkeffel, Waschkessel
Herd-schiffe
Dampf- u. Wasserbad-Brennereien
Doppelkessel, Destillier-Apparate
Heiz- und Kältschlangen
sowie
Rohrleitungen jeder Art**
Technische und fachmännische Beratung.

Zur Lag
Fortdauer de
Opeln, 7. Juni.
auf der Bahn befördert
kommen. Ein zweites
nie französische Trupp
Gegend von Krappnig
sber Truppen Stellung
Anständigen war au
den Insurgenten gefahr
Lemberg bei Jastrzgowi
schinengewehrfeuer. M
Josephshöhe gerichteter
und St. Annakirche u
Größlich wurde eine p
schießungen der Insur
Schloß Zombowitz wur
dert. Im Kreise Gro
genten auf Danieł ab
lose Vorhöfe der Auf
durch einen Panzerzug
Kandryn. Utkosel w
Im Kreise Katiwor un
Vorwert Reuhof bei 3
len. Bei Ossau wurde e
Mittelungen des Berg
die Auffständigen in d
erhebliche Mengen von
Ligung der Werte und
Stellen nach Polen an
lungen zufolge kämpfen
nur noch sehr wenige Ö
Kampfmüde sind, sind fa
polnischen Kampflinien
barunter zahlreichen gef
nem der polnischen Arme
an die Kulturaktionen d
leisti: Die Not ist ins
Bosser. Die Lebensmitt
dant hat es mit seiner m
die Insurgenten die St
mitten in der Stadt von
sonige Nachricht verlan
erwarten ist. Schwere
tung unvermeidlich.

Die Frage
Berlin, 8. Juni. W
Bilung einer neutralen
nischen und den deut
haben englische Trupp
tallen Italiener in Kran
schließen sich englische un
Seltensich und polnische
erklären, daß während
und Polen bei Kalinow
Franzosen durch den d
wurden. Die Franzosen
sichlichen Kommando zur
London, 7. Juni. „
die Generale Lerond un
geschlossen haben, einen
nen, um die Frage ein
werden die polnischen G
umgekehrten Falle hätt
Engli
Berlin, 7. Juni. Ueb
den englischen General
Seltensichwes in Ober
daß der englische Ober
die Säuberungaktion un
durchgeführt werden soll.
daß die englischen Trupp
viele besetzen, während
waschen. In dieser Weis
werden.

**Deutscher Brot
des deu**
in, 7. Juni. D
den und Rom sind ange
eignisse in Oberschlesien
General Höfer, Vorstell